

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch den Träger 1,40 Pf. für die Woche, 6.—Pf. für den Monat.
Durch die Post: 6,10 Pf. für den Monat.

Verlagsnummer: Nr. 23836
„Sozialistischer Verlag, e. V. m. b. H.“ Breslau.

Einzelnummern: Die Spaltenweise Anzeigen werden zu 0,50 Pf. angesetzt, 0,30 Pf. für die Spaltenweise. Familienanzeigen werden nach Vereinbarung angesetzt. 0,10 Pf. pro Zeile. Die Anzeigen werden dreifach gedruckt, wenn der Raum für zwei Zeilen ist.

Arbeiter, demonstriert gegen Horthy-Ungarn!

Arbeiter! Proletarier!

In Ungarn wütet der weiße Schrecken weiter. Zu den Hunderten von Toten und Tausenden von Hungergeplagten sollen sich neue Opfer gesellen.

Selbst die U. S. P., die gestern noch für Aufnahme der Handelsbeziehungen mit diesen Henslern stimmte, erkennt jetzt mit Grausen, für welches Bündnis sie gestimmt hat: für das Bündnis mit dem blutbesudelten Horthy-Ungarn.

Und während Horthy-Ungarn weiter heute, rüft Deutschland, ein würdiger Bundesgenosse zu werden. Es weigert sich, die Einwohnerwehren, die Orgeesch, aufzulösen. Es will seine militärischen Helferorganisationen bewahren selbst um den Preis einer weiteren Besetzung Deutschlands, ja um eines neuen Krieges willen. Während es Ungarn die Hand zum Bunde reicht, mordet es unsere Brüder, die russischen Rotarmisten.

Nachtriumphiert in Deutschland. Horthy-Ungarn und Nach-Deutschland haben sich gefunden.

Genossen, auf zum Protest!

Nieder mit den Henslern des Proletariats!

Nieder mit den ungarischen, nieder mit den deutschen Horthy-Brüdern!

Es lebe die Weltrevolution!

Die Zentrale d. S. K. D.

Die Eisenbahner stimmen für den Streik.

Erfurt. In der Abstimmung der Eisenbahner im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt nahmen 85 Prozent aller Beamten und Angewandten teil. 60 Prozent sprachen sich für die Durchsetzung der Forderungen mit allen revolutionären Mitteln aus.

Dresden. Die Abstimmung der Eisenbahner in Sachsen hat, wie der Landesverband Sachsen der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner mitteilt, eine zweidrittelmehrheit für den Ausstand ergeben. Allerdings fehlen noch einige Bezirke, doch werden diese nach Ansicht der genannten Stelle nur eine Bestätigung der bisherigen Ergebnisse erbringen.

Köln. In Köln antworteten bei der Abstimmung der technischen Eisenbahnbeamten auf die Frage, ob das letzte gewerkschaftliche Mittel, der Streik, angeordnet werden soll, 464 Stimmen mit ja und 112 Stimmen mit nein.

Aus Magdeburg wird dem Berliner „Katalanischer“ geschrieben, daß bei der vorgenommenen Vorabstimmung der Eisenbahner, an der sich 98 Prozent aller Stimmberechtigten beteiligten, sich nach den vorläufigen Ergebnissen eine Zweidrittelmehrheit für den Streik erklärt hat; ebenso in Bitterfeld und in Kossau.

Noten-Regen.

Die Entente hat in den letzten Tagen die deutsche Regierung mit Beschwerde-Noten über allerhand Nichterfüllungen abgeschlossener Verträge bombardiert. So rüdel die Freyer: Die neue französische Note, die noch unmittelbar vor dem Abschluß des alten Jahres übermittelt wurde, bezieht sich auf die von Deutschland in Spaa übernommenen Verpflichtungen, die nicht erfüllt worden sind. Die Note zählt ausführlich alle Punkte auf, in denen Deutschland seine Zusage nicht gehalten haben soll. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren spielt dabei eine Hauptrolle. Von der Reichswehr wird gesagt, daß diese zwar, wie versichert wurde, auf 100.000 Mann herabgebracht worden sei, aber die Auflösungsstellen befänden noch, was vertragswidrig sei. Die beschlagnahmten Gewehre und Waffen seien zwar gezählt, aber noch nicht vollständig abgeliefert. Die Sicherheitswehr und die Festungen, die zu viel Geschütze haben, werden gleichfalls erwähnt. Frankreich nehme Akt von diesen Verstößen und die Alliierten werden darüber beraten. Die französische Regierung hält es augenscheinlich für nötig, in dieser besonderen Note, die nur von ihr ausgeht, noch einmal alles zusammenzufassen, was schon in anderen Noten steht, die

General Klotz zugleich im Namen der Alliierten unterzeichnet hat. Die deutsche Regierung wird die französische Note gleichzeitig mit ihrer Antwort veröffentlichen. Ferner hat der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten der deutschen Regierung eine Note zur Verhinderung gegen die Kriegsverbrecher zugestellt.

Es wäre falsch, dem gegenseitigen Notenbombardement allzuviel Bedeutung beimessen. Es wird nicht viel herauskommen. Das internationale Bürgertum trägt sich nicht gegen die Augen aus: sein gemeinsamer Feind heißt Proletariat.

Höhere Kohlenpreise oder es wird geschoben.

In einer Sitzung des Reichskohlenrats und des Reichskohlenverbandes wurde über die seit einiger Zeit wiederholt beantragten Kohlenpreiserhöhungen beraten. Die Preiserhöhungen wurden teilweise gegen den Widerstand der Regierung befürwortet.

Die Mitglieder des Kohlenkapitals, das sich auf Kosten der ausgebeuteten Volksmassen nützt und trotz allen platonischen Klagen der Scheinmoralisten sich um die Sozialisierung herumdrücken verzieht, wird durch folgende Nachschicht beleuchtet:

Der Kohlenarbeiter. Die Kohlenarbeiter sind einer großen Schikane von Arbeitlosen auf die Spur gekommen. Es handelt sich um mehr als 100.000 Arbeiter. Die Kohlenarbeiter sind in Deutschland noch Tote! verschoben werden sollen.

Kommunisten sind Freiwild.

Die Press. Org. melden: Wegen Ausbreitung zu Krawallen und Landfriedensbruch wurde in Villenried der aus Leuten der kommunistischen Partei bestehende Ausschuss der Landarbeiter kommunistische Propaganda verboten.

Rechtssozialistische Minister sorgen für Arbeiterausperrung.

In den Werkwerken in Mühlheim sind seit 2 Wochen etwa 2000 Arbeiter ausgesperrt, weil sie es gewagt hatten, eine Wirtschaftsbeihilfe von 500 bis 1000 Mark zu fordern. Wie sich jetzt nachträglich herausstellt, ging die erste Anregung zu dieser Aussperrung von der bürgerlichen Regierung aus. Die Vereinigung der Unternehmer-Verbände von Mainz, Wiesbaden und Umgebung teilt diese Tatsache in einer längeren Erklärung mit, die sie zur Rechtfertigung der Aussperrung in der „Frankf. Zig.“ veröffentlicht. Danach habe die Firma Opel sich im August 1920, als die Arbeiter die Forderung auf Übernahme des Steuerabzuges durch die Firma forderte, an das bürgerliche Ministerium um Schutz gewandt. Dieses habe aber in einer Vernehmung, an der mehrere Minister beteiligt waren, die Antwort erteilt, daß ein solcher Schutz nicht möglich sei und von Not gegeben, falls sich die Direktion bedroht fühlt, den Betrieb zu schließen und bei den Versorgungsbehörden Schutz zu suchen.

Dieser Anregung ist die Firma Opel gefolgt. Daß die bürgerliche Regierung die Aussperrung von 2000 Arbeitern veranlaßt, ist auch eine Errungenschaft der in Hessen bestehenden zentralistisch-demokratisch-rechtssozialistischen Arbeitervereine, die für diese Dinge in der rechtssozialistischen Arbeiterminister Koal.

S. B. D.-Arbeiter: macht Euch das!

„Wohltätigkeit“.

An den Berliner Mittagskassen war am 31. Dezember 1920 folgende widerliche Bettelei zu lesen:

Aufruf für Sylvester!

Ihr Schlemmer, Entbehrer, Schwelger genießt, aber denkt der Armen, der Dürftigen, Tuberkuloseheilstätte (Belgien), die vor dem Ruin steht (geschlossen), von der Heimatkräfte vertriebene, verschämte Arme. Spendet Euer Scherlein! — wenn Ihr prahlt am Sylvesterabend. 10 von Hundert, sagt die heilige Schrift, sollt vom Guten Ihr den Armen spenden. Deponiert es bei den Leitungen der Posten und Restaurants. Sie mögen es dem Magistrat zur Verteilung überweisen.

Nur die Revolution kommt das Proletariat nicht herum.

Das Jahr 1920 hat die objektiven Voraussetzungen der Revolution verschärft. Die Massenverelendung ist fortgeschritten. Der Versuch, die Wirtschaft frei zu machen, ist mißglückt, hat dessen hat infolge des Weltwirtschaftsdrucks eine Konzentration der kapitalistischen Kräfte eingeleitet, die als letztes Stadium der Privatwirtschaft angesehen werden kann. Völlig ruinierte Massen stehen einer kapitalistischen Zusammenfassung gegenüber, die schon die Konturen des sozialistischen Aufbaues zeigt. Der riesenhafte, noch vorhandene Apparat läuft wesentlich leer, weil es nicht möglich ist, die Arbeitskräfte auszuwerten, das heißt, ihren Drang nach Vollbeschäftigung aller Kräfte zu befriedigen. Während die revolutionäre Entwicklung nichts anderes ist als der Trieb nach gesteigerter Arbeitsgemeinschaft, hat das konzentrierte Kapital viel weniger produktive als geldwirtschaftliche Ziele. Es ist gar keine Frage, daß der Drang nach Arbeitsgemeinschaft siegen wird, wenn auch nach Überwindung vielleicht sehr heftiger Krisen. Dieser Sieg wäre nur die Folge einer Entwicklungsgehemmung, denn die Ausperrung durch den Krieg kann nicht anders wagenhaft werden als durch eine ungeheure Steigerung der Arbeit. Die produktive Arbeitskraft hat alle Rechte für sich. Sie muß diese Rechte durchsetzen, wenn auch Deutschland, wenn nicht die ganze Welt völlig verberben soll. Anders gesehen ist jener Arbeitsdrang, der Wille zur Steigerung der geldwirtschaftlichen Befassung bzw. zur Einführung der Gütermwirtschaft. Die Gütermwirtschaft des zentralen Rußland, bedeutet eine ganz neue Rationalisierung, eine völlig geänderte Regelung und Fruchtbarmachung der Produktionsmöglichkeiten, eine neue Wirtschaftsorganisation, eine Aufqualifizierung der großen Masse, die das Wesen der Arbeitseinstellung in der Gemeinschaft ist. Es beginnt mit der Gütermwirtschaft ein ganz anderer Arbeitseinstellung, ein Rhythmus, der den Inhalt des ökonomischen und kulturellen Kommunismus ausmacht. Je härter dieser Rhythmus wird, das heißt, je qualifizierter und durch die Qualifikation kameradschaftlicher der Arbeitseinstellung wird, um so mehr realisiert sich auch der Kommunismus, um so stärker wird die Güterförderung, um so besser technisiert wird der Wirtschaftsapparat, um so leichter wird der Abbau der Zentralisation, deren ordnende, aber auch verberbende Kraft wir jetzt schon erkennen. Sowjet-Rußland gibt uns an Tatsachen die hohe Hoffnung, daß die menschliche Arbeitsgesellschaft einem Sozialismus zueuert, der nichts Sklavisches mehr in sich duldet. Der Einzelne unten wird immer weniger unten sein, infolge der allgemeinen Qualifizierung werden sich die Befähigungen unten und oben immer mehr annähern und die Verantwortlichkeit zur Leitung wird sich immer weniger aus besonderer Qualität herleiten und immer mehr nur als eine von den Tätigkeiten unten verschiedene Funktion zeigen.

Vorläufig allerdings sind wir in Deutschland noch im kapitalistischen Vorstadium dieser Entwicklung und leider erleben wir, daß durch allerlei Hemmungen das kapitalistische Vorstadium sich noch einige Zeit halten, aber auch ausweiten kann. Denjenigen jedoch, die die völlige Ausreifung dieses Stadiums predigen, muß gesagt werden, daß nach der Machtergreifung durch das Proletariat die Organisationsarbeit, die man dem Kapitalismus überlassen will, viel schneller getan werden würde. Den Beweis auch hierfür erbringt Sowjet-Rußland. Ferner würde nach der Machtergreifung durch das Proletariat die Entelendung beschleunigt vor sich gehen, da ja die Machtergreifung der Anfang jener Aufqualifizierung der Massen ist, ohne die eine wirkliche und ausreichende Produktivität der Wirtschaft unmöglich erscheint. Je eher also das Proletariat die Macht ergreift, um so eher wird auch seine Verelendung gemindert werden. Daran ändern auch die außenpolitischen Hemmnisse grundsätzlich nichts, da die beginnende große Arbeitsintensität sich nach außen hin fortsetzen muß. Mit anderen Worten: da die soziale Umstellung unmöglich auf ein Land oder auf einige Länder beschränkt bleiben kann, muß die Revolution über die Grenzen hinausgehen. Schon zeigt sich in der Politik des Westens gegen Deutschland und Rußland sehr klar die Abhängigkeit der Volkswirtschaften voneinander. Der

Versuch des Westkapitalismus, sich an der russischen Güterwirtschaft und an der beginnenden deutschen Güterwirtschaft wieder aufzurichten, ist seinem Wesen nach nichts anderes als ein Symptom des Niederbruchs der westkapitalistischen Kräfte. Es ist Sache des Proletariats, diesen Niederbruch des Westkapitalismus zu beschleunigen, damit er nicht noch einmal zusammen mit den sich konzentrierenden Resten der deutschen Privatwirtschaft furchtbares Katastropheneid über die Welt bringe.

Der ganze Irrsinn des deutschen Versuches, den Privatkapitalismus aufrecht zu erhalten, ergibt sich aus folgenden Tatsachen. Da der offizielle Apparat nicht mehr imstande ist, seine Bedürfnisse aus Produktion zu decken, ist er gezwungen, mit Hilfe der Reichsbank die Papiergeldwirtschaft immer mehr zu verwaschen. Während Anfang 1920 der Notenumlauf der Reichsbank rund 36 Milliarden Mark betrug, belief er sich Ende 1920 auf rund 65 Milliarden Mark, ist also um nicht weniger als 30 Milliarden Mark in einem Jahre gestiegen. Im Jahre 1919 betrug die Steigerung erst 10 Milliarden Mark und im Jahre 1918 noch nicht einmal 9 Milliarden (von 22,5 Milliarden auf 32,8 Milliarden bzw. von 11,04 Milliarden auf 20 Milliarden). Es ist der Reichsbank nicht gelungen, den Goldbestand zu vermehren. Er betrug Dezember 1920 noch 1,09 Milliarden Mark, das heißt, er war auf dem Stand vom Dezember 1919 geblieben. Dagegen trat das Reich mit von Monat zu Monat wachsenden Ansprüchen an die Reichsbank heran, das heißt, es überschüttete die Reichsbank mit Reichswechseln und dergleichen unsicheren Papieren, die bekanntlich als Deckung für die Noten angesehen werden, während Reichswechsel und Noten in Wirklichkeit nur verschiedene Ausdrucksformen für dieselben Schulden sind. Der Präsident der Reichsbank, der bei seinem Amtsantritt hoch und heilig versprach, das Goldwährungsverbot hoch zu behüten, jammert jetzt über die Kreditunverschämtheit der Reichskasse. Er hat sich diese Unverschämtheit lange Jahre hindurch gefallen lassen und unjeres Erachtens als Letzter einen Grund, sich darüber zu beklagen. Er und Helfertich haben alles getan, um die Reichsbank kaputt zu wirtschaften, allerdings unter einem Zwange, dem auch andere Anhänger der privatwirtschaftlichen Heilslehre nicht widerstanden hätten. Wenn man jetzt neidisch auf die Bank von England weist, deren Barvorrat seit 1919 um ungefähr 43 Millionen Pfund Sterling gestiegen ist, so ist das zwar an und für sich richtig, bedeutet aber keineswegs, daß England an der Krise vorbeikommt, die sich jetzt schon in einer sehr fähigen Abjagang der englischen Industrie bemerkbar äußert. Auch ist der Notenumlauf der Bank von England in derselben Zeit um mehr als 40 Millionen Pfund Sterling gestiegen. England hat es verstanden, während des Krieges durch eine geschickte Zweiteilung des Notenumlaufes den Schein der Goldwährung zu wahren, aber keine Krise wird dadurch höchstens verzögert, nicht vermieden. Denn diese Krise kommt von den Unzulänglichkeiten des Weltmarktes, die für England grundsätzlich dieselbe Wirkung haben wie für Deutschland, wenn auch mit anderem Tempo. Was die Bank von Frankreich angeht, so hat sich zwar im Jahre 1920 der Notenumlauf wesentlich vermehrt, aber der Goldbestand ist derselbe geblieben (3,6 Milliarden Francs.) Auch die Bank von Frankreich zeigt deutlich die Krise des Landes, die sich krampfhaft bemüht, mit Hilfe eines zur französischen Kolonie gemachten Deutschlands seinen Produktionsausfall auszugleichen und damit seine Geldwirtschaft zu stabilisieren. Noch immer ist Frankreich Großschuldner, besonders Englands und der Vereinigten Staaten, die jetzt den Versuch machen, die französische Regierung gegenüber Deutschland als Kaffierer und Zwischenbürgen für ihre Forderungen zu benutzen.

Im Zusammenhang mit der riesenhafte geldwirtschaftlichen Belastung Deutschlands, mit der Kriegsproduktionslosigkeit und der daraus resultierenden Unproduktivität der Nachkriegszeit ist der Wert der deutschen Reichsmark im Auslande fortwährend gesunken.

Umgekehrt ist der Wert der ausländischen Saluta in Deutschland ungeheuer gestiegen. Man zahlte Ende Dezember an der Berliner Börse für:

100 holl. Gulden	rund 2255 Mk.
100 schwed. Kronen	1446 "
100 schweiz. Kronen	1111 "
1 Dollar	ungefähr 74 "

Vorübergehend war im Laufe des Jahres der Kurs der deutschen Reichsmark gestiegen bzw. waren die Kurse ausländischer Saluta in Deutschland gestiegen. Das war jedoch wesentlich auf spekulative Momente und auf einen höchst fragwürdigen Kursanstieg Deutschlands zurückzuführen. Es ist möglich, daß demnach wieder die deutsche Reichsmark höher bewertet wird, vielleicht im Zusammenhang mit einer „Konsolidierung“ der deutschen Verpflichtungen gegenüber der Entente. Da jedoch diese Verpflichtungen selbst nicht geringer werden und da die Unproduktivität in Deutschland unter dem herrschenden Regime nicht beseitigt werden kann, da inselgedessen die Inflation zunehmen muß, ist an eine dauernde Gesundung der deutschen Saluta gar nicht zu denken. Der ungeheure Lebensdruck bleibt, die geldwirtschaftlichen Versuche sind nur Buchtransaktionen, zu einer wirklichen Gesundung können sie nicht führen.

Im Zusammenhang mit der gerungen Kaufkraft des deutschen Geldes sind die Warenpreise ins Unermessliche gestiegen. Ende 1919 kosteten 100 kg Getreidemehl in Berlin ungefähr 127 Mk., im Dezember 1920 war der Preis auf fast 3000 Mk. gestiegen, 1 kg Butter wurde Dezember 1920 mit 23 Mk. gegen noch nicht 3 Mk. Ende 1919 und 0,63 Mk. bei Kriegsbeginn bezahlt. Wenn man behauptet, diese Preissteigerung sei die Folge der Zwangsmaßnahmen, so ist das grundsätzlich nicht richtig. Nach die Zwangsmaßnahmen hätte den Preissteigerungen folgen müssen, da auch sie an Geldwirtschaft geknüpft war. Die Zwangsmaßnahmen war ja keine auf Produktionsleistung gerichtete Maßnahme, sondern eine rein monetäre Maßnahme gewesen. Erst eine Zwangswirtschaft, die die Geldwirtschaft

beseitigt und die Güterwirtschaft betreibt, wird Arbeitskraft und Versorgung in Einklang bringen. Auch wenn die Zwangswirtschaft beibehalten worden wäre, hätte Deutschland unter riesenhafte Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt. Denn die Arbeitslosigkeit ist ja nichts anderes als ein Zeichen der Ohnmacht des Privatkapitals gegenüber den Produktionsanforderungen.

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die offiziellen Arbeitslosigkeitsziffern viel zu niedrig sind. Offiziell wird die Arbeitslosenzahl nur auf ungefähr 700 000 angegeben (Hauptunterstützungsempfänger und Familienangehörige), in Wirklichkeit sind es 3 Millionen.

Der Einzelhaushalt, besonders der Proletarier-Einzelhaushalt, kann unter solchen Umständen nicht mehr existieren. Es ist ein langsames Sterben, aber es ist eben ein Sterben. Wenn Statistiker den Bedarf in einer Familie von 5 Köpfen für Ende 1920 auf 400 Mk. pro Woche berechnen, so bleibt diese Kalkulation auch für den Reichsdurchschnitt weit unter dem Notwendigen. Für die großen Städte, insbesondere für Berlin, kann sie schon gar keine Geltung haben. Eine fünfköpfige Familie in Berlin kann heute unter 2—3000 Mk. monatlich nicht mehr leben. Sie mühte denn sich lediglich auf eine primitive Ernährung beschränken und die sonstigen Lebensnotwendigkeiten unberücksichtigt lassen. Es ist ein geldwirtschaftliches Gesetz, daß die Entlohnung der Arbeit immer hinter den Lebensbedürfnissen zurückbleibt und zwar um so weiter, je geringer die Kaufkraft des Geldes ist. Da die Geldentwertung in Deutschland mindestens nicht aufhören wird, muß mit einer weiteren Verelendung gerechnet werden.

Es ist möglich, daß vorübergehend in Deutschland mit Hilfe eines Kapital-Affordes zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem Entente-Kapital eine Scheinkonjunktur entsteht. Aber diese Konjunktur könnte nur gegründet sein auf ein Minimum an Bedarfsdeckung für das Proletariat. Ihr Weien wäre die Auspöderung des deutschen Proletariats. Von dem Augenblick an, wo die Arbeitsbevölkerung Deutschlands etwa die Weltmarktlöhne verlangen würde, hätte die Entente das Interesse an jener Scheinkonjunktur verloren. Die Entente will die Kolonisierung Deutschlands im Sinne der alten Koloniausnützung. Sie will leere liefern und billig kaufen. Das kann sie aber nur, wenn die deutschen Löhne niedrig gehalten werden. Derartige Anregungen sind ja auch schon in Brüssel gemacht worden.

Dies alles wäre jedoch nur ein Rettungsversuch mit unzulänglichen Mitteln. Denn es ist für die Weltrevolution an sich gleichgültig, wo die imperialistischen Konkurrenz zusammenstoßen. Sie müssen wegen ihrer großen Forderungen den Schuldner Deutschland auspressen, und sie müssen mit den ausgereiften Waren sich auf dem Weltmarkt Konkurrenz machen. Gelänge es ihnen selbst, die Kolonisierung vom Rhein bis nach Sibirien durchzusetzen, so würden sie die ungeheuren Produktionsmengen der Kolonialländer auf den Weltmarkt werfen, um dessen Beherrschung ein neuer Streit entstehen würde. Innerhalb des sogenannten Völkerbundes zeigen sich schon die Symptome dieses Kampfes. Die Belastung Deutschlands ist in Wirklichkeit ein großes revolutionäres Aktuum. Sie muß irgendwie ausgeglichen werden, und dies kann nur durch Steigerung der Produktion geschehen. Gelingt die Steigerung der deutschen Produktion zugunsten des Entente-Kapitalismus, so muß sich die Abjagerte in den Ententeländern noch mehr verschärfen, als ihnen der Abzug nach Deutschland Luft schafft. Wir sehen hier dieselben Gesetze, die zum Krieg 1914—1918 geführt haben.

Das deutsche Proletariat aber steht bei Beginn des neuen Jahres vor der Frage, ob es sich noch einmal in die imperialistische Wettbewerbskriege und in daraus folgende Kriege hineinziehen lassen will. Gelingt es ihm nicht bald, die Umstellung zur Güterwirtschaft hin vorzunehmen, so ist ein neuer, noch furchtlicherer Imperialismus nicht ausgeschlossen. Damit aber würde die revolutionäre Aufgabe noch gewaltiger und verlustdrohender geworden sein. Um die Revolution kommt das Proletariat nicht herum. Will es so grausam sein, seinen Kindern die Arbeit zu überlassen? So grausam ist das Kapital, das aus Rentabilitätsgier nur für seine Generationen gewinnen will und nicht an die Ephe denkt, die die Kinder bringen müssen. Es schickt seine Söhne in den Nordkrieg, wenn es nur selbst zu Hause bleiben kann.

Internationale.

Die Spaltung der französischen Partei.

Paris, 30. Dezember. Die Kommunisten haben heute nachmittag den Parteitag fortgesetzt und beschlossen, ein Manifest an die französischen Arbeiter zu richten. Durch einen Kameraden wurde festgestellt, daß acht Deputierte der sozialistischen Partei sich den Kommunisten angeschlossen haben.

Zwischen hatten die rechtsstehenden Sozialisten und die Anhänger von Longuet in anderen Sälen getrennte Sitzungen abgehalten. Im Laufe des Nachmittags jedoch sind zwischen den beiden Fraktionen Verhandlungen angeknüpft worden, um einen gemeinsamen Kongreß abzuhalten.

Die unvermeidliche organisatorische Spaltung hat also nun in Tours eingetreten. Kommunisten und Reformisten lagen getrennt weiter. Bemerkenswert ist auch, daß die Richtung Renaudel und die Richtung Longuet zunächst getrennte Tagungen abgehalten haben, ein Beweis, daß die Longuet-Gruppe sich über die organisatorischen Folgerungen, die sie aus dem Kongreßbeschlüssen ziehen sollte, nicht von vornherein einig war. In der Tat bestand in der französischen Zentrumgruppe eine nicht unbeträchtliche Strömung für das Behalten bei der kommunistischen Mehrheit, die dadurch geparkt wurde, daß die Exekutive der kommunisti-

schen Internationale im Interesse der Heranziehung möglichst großer Arbeitermassen die Aufnahme der Richtung Longuet als zulässig erklärt hatte, falls sie bereit sei, sich den Beschlüssen der kommunistischen Internationale zu fügen. Longuet und seine Freunde aber, die sehr wohl erkannten, daß ihnen die kommunistische Internationale die Fortsetzung ihrer im Grunde opportunistischen Politik nicht erlauben werde, haben es vorgezogen, nach Bern zu den Pfänderdingen und jetzt in Tours zu Renaudel zu gehen.

Republik Deutschland

Einheitsfront für Einzelaktionen!

In der „Freiheit“ stellt Ledebour Betrachtungen an über die Schaffung einer geschlossenen Front des Proletariats für Einzelaufgaben. Er schreibt, die unvermeidliche Abwehr gegen die kommunistischen Vorstöße dürfe die U. S. P. nicht abhalten mit Aktionen zu warten, bis eine programmatische Einigung erreicht ist. Er kommt zu diesen Betrachtungen, daß die politische Situation eine Abwehraktion des Proletariats gegen reaktionäre Putzche notwendig macht. Ueber die Forderungen der Vorbereitung einer gemeinsamen Abwehr eines reaktionären Putzches hinaus hält Ledebour die Schaffung einer einheitlichen Front für folgende Einzelfragen für notwendig und möglich:

1. Umgestaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen im sozialistischen Sinne.
2. Förderung des Weltfriedens.
3. Wiederanknüpfung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland.
4. Internationale Abwehr aller Vorstöße der Ententemächte gegen Sowjetrußland.
5. Betriebskontrolle und Sozialisierung.

Die zunächst geforderte „Umgestaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen im sozialistischen Sinne“ ist die übliche verschwommene Ausdrucksweise Ledebours, der alle Sozialisierungsschwindel.

Die „Förderung des Weltfriedens“ ist die alte weinerliche pazifistische Einstellung der U. S. P., die durch Friedensrederei dem Kampf aus dem Wege gehen will. Es ist eine starke Zumutung an das Proletariat der Ententeländer von ihm Vertrauen zur „Politik des Deutschen Reiches“ zu erwarten. Vertrauen werden die Arbeiter der Entente erst zu einer deutschen Sowjetrepublik haben können.

Ledebour fordert die Wiederanknüpfung der Beziehungen mit Sowjetrußland. Bedeutet das, daß die U. S. P. ihrer antibolschewistischen Politik müde ist? Befehert die Scham über ihre Zustimmung zum Handelsvertrag mit Horthy-Ungarn ihre Politik? Oder rebellieren die noch verbliebenen Arbeiter?

Ledebour fordert die Abwehr aller Vorstöße der Ententemächte gegen Sowjetrußland. Im Juli 1920 verstand die U. S. P. unter dieser Parole die gemeinsame Arbeit mit dem Gewerkschaftsbund und der Stinnes-Regierung, um Frankreich die Durchführung der Polonizänge sicher zu stellen und der deutschen Konterrevolution ein Feigenblatt für ihre Waffenschließungen zu liefern.

Unter Betriebskontrolle und Sozialisierung versteht Ledebour nach seinen Darlegungen nach wie vor die Ausnützung der jetzt gewähltesten Kontrollrechte in den Betrieben und deren reformistische Erweiterung.

Der ganze Artikel Ledebours beweist uns, daß die Arbeiter der U. S. P. rebellieren. Er ist ein neuer Versuch, durch verschwommene Redensarten das Proletariat davon abzulenken, daß die U. S. P. nicht seine Führer im Kampfe um seine unmittelbaren Tagesnöte sein kann. Mit diesen Redensarten weicht sie der Antwort aus, die die Eisenbahner- und Beamtenfrage ersichtlich an jede politische Partei stellt.

Wir fragen die U. S. P.:

Ist sie bereit, den Kampf der Eisenbahner und Beamten zur Sicherung ihrer Existenz mit allen Mitteln zu unterstützen?

Will sie den schweren Kampf der Arbeitslosen um Arbeitsbeschaffung und Unterhalt unterstützen?

Will sie den Kampf zur Entwaffnung der Konterrevolution endlich beginnen?

Will die U. S. P. reden oder will sie kämpfen?

Die U. S. P.-Arbeiter werden mit uns kämpfen, die Führer müssen sich entscheiden.

Internationaler Spitzeldienst.

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht folgendes Schriftstück:

Reichstomaffar

zur Ueberwachung der öffentlichen Ordnung.

Berlin RB. 40, den 6. Dezember 1920.

Nach Mitteilung des Auswärtigen Amtes hat am 18. September die französische Bürgerin Saboul, geborene Mezzara, geb. 28. November 1889 in Paris, wohnhaft daselbst, einen Durchsichtsbefehl nach Paris erhalten.

Der Befehl war vom französischen Konsulat in Riga visiert.

Nach einer vom lettischen Sicherheitsdepartement bei der deutschen diplomatischen Vertretung für Lettland empfangenen Nachricht ist es zweifellos festgestellt, daß die Genannte eine bolschewistische Agentin ist, da man in ihrem Gepäck Propagandamaterial gefunden hat. Die Bottschaft in Paris ist verständigt worden.

Um nähere Mitteilung beim Auftreten genannter S. wird ersucht.

Abkürzt. gez. Unterschrift.

An die Städte zur Kenntnis und gegebenenfalls Meldung.

Dieses Dokument ist charakteristisch für die internationale Verzweigung der Spitzeldienst. Bei der deutschen Vertretung in Lettland besteht eine Spitzeldienstleitung, die mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung steht. Und das Auswärtige Amt verschwendet keine kostbare Arbeitskraft, um die Pariser Bottschaft zu verständigen und durch sie die französische Polizei von den erschütternden Entdeckungen der lettischen

Spiegelbente zu benachrichtigen. Und alles dies, um die Welt vor dem Gefahren zu bewahren, mit denen die Bürgerin Saboul sie bedroht, der zwar ihr Konstatat in Paris ein Reifeurium erteilt hat, aber die „verdächtig“ ist, weil die Spiegel den Inhalt ihres Koffers nicht genügend feststellen konnten.

Eine bemerkenswerte Karriere.

Herr Dr. Maurenbrecher, der einst Pfarrer, dann nationalsozialer Redakteur, dann Sozialdemokrat, Reichstagskandidat und Verfasser der famosen „Hohenzollernlegende“, später Deutschnationaler Barde und reiner Sünder vor dem Tische des Herrn, ist noch einen reaktionären Platz rausgekommen. Er ist, wie T. U. meldet, Hauptschriftleiter des reaktionärsten deutschen Organs, der „Deutschen Zeitung“ in Berlin geworden. Dieses Organ wurde berühmt durch Herrn Wulle, seinen bisherigen Leiter, der den Geist Knüppelunges in die deutschnationale Volkspartei hineintrug. Maurenbrecher wird sich bemühen müssen, die „großen Traditionen“ des Knüppelorgans aufrecht zu erhalten. Wir empfehlen ihm einige Abschnitte aus seiner Hohenzollernlegende zur Frage des Monarchismus als Debut seiner Tätigkeit abdruckend.

Es wird mehr Vieh geschlachtet.

In den letzten 3 Monaten betrug die Zahl der beschlachten Schlachtungen an Kühen 218 188 (in der gleichen Zeit des Vorjahres 164 608), an Kälbern 296 041 (188 043), an Schweinen 356 427 (79 027), an Schafen 210 458 (84 257). Nur die Zahl der geschlachteten Jungtiere ist von 228 154 auf 179 868 gesunken.

In der Zunahme der Schlachtungen kommt die Wirkung der Aufhebung der Bewirtschaftung des Fleisches zum Ausdruck. Zum Teil ist die Zunahme nur eine scheinbare, indem die Schwarzschlachtungen aufgehört haben, zum Teil aber bildet das Hinausschnellen der Preise durch die Freigabe des Fleisches einen Anreiz zu vermehrter Schlachtung. Die arbeitenden Massen bekommen wenig davon zu spüren, im Gegenteil: das größere Fleischangebot findet nur in einem Mehrverbrauch der Besitzenden seinen Abjaß, für die Arbeiter aber sind die Preise unerträglich geworden. Und nicht nur das, sie haben auch die Kosten des Mehrverbrauches der Besitzenden zu tragen. Denn jede Vermehrung des Viehbestandes bedeutet eine Verringerung der Anbaufläche für Getreide.

Kapitalistische Wirtschaft.

Die Weltkrise.

I.

Die Krise in der Uhrenindustrie der Schweiz wird immer schwieriger. Die Lavannes-Watch-Co. hat bereits einen Teil ihrer Arbeiter entlassen müssen. Auch in Belgien mußte eine bedeutende Fabrik den größten Teil ihres Personal entlassen.

II.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel ist dort eine Handels- und Finanzkrise ausgebrochen, weil das Geschäft stockt und der Wechselkurs fortgesetzt schwankt.

III.

Die Wirtschaftskrise in England verschärft sich von Woche zu Woche. In den amtlichen Listen eingetragen waren am 3. Dezember: 544 000 Arbeitslose. Nach „Daily Herald“ ommt dazu noch eine weitere halbe Million von Arbeitslosen, die nicht in den Listen stehen. Die Gesamtzahl ist also über eine Million. Wenn man die Angehörigen dazu rechnet, kommt man auf vier Millionen Menschen, die gerade zu Weihnachten in dem „christlichen“ England einem renzenlosen Elend gegenüber standen. Und dabei sind die Massen der Kurzarbeiter noch gar nicht berücksichtigt. Straßendemonstrationen und Besetzung öffentlicher Gebäude durch die Arbeitslosen sind denn auch in England an der Tagesordnung. Es bleibt abzuwarten, wie lange es der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie überhaupt noch gelingen wird, die verzweifenden Massen von entscheidenden Aktionen zurückzuhalten.

IV.

Während die Kaliförderung in Deutschland in der letzten Zeit gestiegen ist, — im Monat September, in den die letzten Berichte vorliegen, betrug die Förderung 1 Million Tonnen Salze, d. i. 110 000 Tonnen Reinkali, gegenüber 750 000 Tonnen Salze bzw. 89 000 Tonnen Reinkali im September 1919 — ist der Kaliförderung ins Stocken geraten. Schuld daran trägt erstens der im Herbst immer am stärksten auftretende Wagonmangel: in den ersten drei Oktobertagen blieb die Wagengestellung um 77 bis 8 Prozent hinter den Anforderungen zurück. Dann aber auch die inländische Nachfrage nachgelassen, was auf die Steigerung der Preise für Stickstoff zurückzuführen ist, mit dem das Kali gemischt werden muß, um als Kunstdünger Verwendung finden zu können.

Infolge der Abjaßstodung sind bereits Betriebseinschränkungen und Entlassungen erfolgt. Es wird gemeldet, daß die Kaligewerkschaft Herzog-Wilhelm-Ernst in Oldisleben Arbeiterentlassungen in größerem Umfang vornehmen mußte.

Totales.

Breslau, den 4. Januar 1921.

Wir klagen an!

Die Bezirksleitung der B. R. P. D. sendet was folgende Aufschrift:

Der Noske von Breslau, der Liebermann, der die Reife zum Polizeipräsidenten durch das Blutbad vom

Palaisplatz abzulegen mußte, spricht uns in einer Zuschrift (welche die „Breslauer Zeitung“ veröffentlicht) die „Unparteilichkeit und Kompetenz“ ab, seine „Absichten und Maßnahmen“ zu beurteilen. Doch ungeschickterweise macht er sich zu gleicher Zeit die Unparteilichkeit und Kompetenz an, unsere Absichten und Maßnahmen (die ihm allein aus Spiegelberichten bekannt werden) zu „beurteilen“; zu „beurteilen“ nicht nur, nein, die Tatsachen, die wir mit eigenen Augen mitangesehen haben, auf den Kopf zu stellen, um sich auf unsere Kosten herauszureden.

Es ist ein wahres Glück, daß es diesmal, gegenüber solch gewissenloser Entstellung der Geschehnisse, nicht schlichte Arbeiter sind, die jeder verlogene Spiegel vor der Klassenjustiz unglauwbildig machen kann, welche unsere Darstellung der Vorgänge als Augenzeugen miterleben. Die bekanntesten, von den Arbeitern hochgeschätzten Führer des revolutionären Proletariats, die auf dem Palaisplatz an seiner Seite standen, strafen den Spiegelbericht Ärgern.

Der Noske Breslaus erzählt:

„Die B. R. P. D. hatte die Absicht, die Erwerbslosen zur Durchsetzung der ihnen von ihr suggerierten Forderungen vor das Rathaus zu führen. Dies ergab sich aus ihrem gleichartigen Vorgehen in anderen Städten, aus vorbereitenden Artikeln der „Arbeiterzeitung“ und aus mir vorliegenden sicheren Nachrichten (nicht Spiegelberichten). Ein von mir daraufhin befragtes Mitglied des Erwerbslosenrates bestätigte mir das Vorliegen solcher Absichten von kommunistischer Seite und erklärte, daß er sich vergeblich bemüht habe, ihnen entgegenzuwirken. Da er mir erklärte, seine Bemühungen fortzusetzen, beauftragte ich ihn, mitzuteilen, daß ich einen Umzug verbieten würde. Diesen Auftrag hat er nach seiner Angabe ausgerichtet. Die B. R. P. D. kann sich daher schon deshalb nicht darauf berufen, daß ihr das Verbot zu spät bekannt geworden sei. Trotzdem forderte Parteisekretär Klein in seiner Rede auf, die Forderungen dem Magistrat zu überbringen. (Siehe „Arbeiterzeitung“ vom Mittwoch, Seite 2).“

Die B. R. P. D. hat den Erwerbslosen den Hunger „suggeriert“, um ihnen (aus schändlichen „agitatorenischen Gründen“ natürlich) einreden zu können, daß seit der Erklärung der Menschenrechte „Brot das erste Recht des Volkes“ sei. Dann wollten die „Kommunisten“ die Erwerbslosen (für Parteizwecke, wie sich versteht) dazu mißbrauchen, jedem Bürger sträubt sich voll Grausen das Haar, „wie in anderen Städten vor das Rathaus zu ziehen.“ Das war, wie jedem guten Demokraten einleuchtet, unzulässig und mußte, selbstverständlich, verhindert werden. (Die Wehrlichkeit mit der Schreibweise der „Volkswacht“ ist bei diesem Elaborat des Liebermann herart auffällig, daß man darauf kommen könnte die „Volkswacht“ ließe sich ihre Artikel vom Polizeipräsidenten schreiben.)

Obige Auffassung des Liebermann wurde denn auch von einem rechtssozialistischen Herrn Erwerbslosenrat (Schley?) geteilt, welcher dem Liebermann angeblich versicherte, sich „vergeblich bemüht“ zu haben, jene Demonstration (für die Wehrnachhilfe an die Arbeitslosen!) zu hintertreiben.

Der faubere Herr hat ein kurzes Gedächtnis. Telephonisch und mündlich hat der Erwerbslosenrat unseren Demonstrationsgedanken lebhaft begrüßt, ihm jede Unterstützung zugesagt, ja sich schließlich darüber beschwert, daß seine Unterstützung auf dem Handzettel fehlte. — Er hatte einzig Bedenken dieser Art, es könnten am 3. Feiertag die maßgeblichen Beamten dienstfrei sein. Der Erwerbslosenrat hat uns überdies vor kurzem ersucht, zu Veranstaltungen, bei denen wir auf die Teilnahme der Erwerbslosen Wert legen, nur die Nachmittage zu wählen, da sie am Vormittag zur Abstempelung müßten.

Der Breslauer Noske behauptet, seinen Erwerbslosenrat (Schley?) „beauftragt“ zu haben, der B. R. P. D. von dem Verbot der Demonstration Mitteilung zu machen. Angeblich hat sein Erwerbslosenrat (Schley?) ihm auch berichtet, er hätte diesen „Auftrag“ an die B. R. P. D. befehlsgemäß „ausgerichtet.“

Mag sich der Liebermann mit seinem fauberen Herrn Erwerbslosenrat darüber auseinandersetzen, wer von beiden wahrheitsliebender ist; die B. R. P. D. erklärt: „Kein Mitglied des Erwerbslosenrates, noch sonst eine offizielle oder inoffizielle Persönlichkeit hat unsere Partei von dem Verbot unserer Demonstration unterrichtet. Wenn jemand dies behauptet, so sagt er eine bewußte Unwahrheit aus. Bis zu dem Augenblick der Verlesung jenes uns nach der Rede auf dem Palaisplatz überreichten schriftlichen Verbots war keinem Funktionär unserer Partei die Tatsache des Verbots bekannt. Deshalb war die von Genossen Klein im Auftrage der Partei vorgebrachte Aufforderung zur Demonstration selbst rechtmäßig unantastbar.“

Der Noske Breslaus erzählt:

„Schon ehe er geschlossen, eilten die Plakatträger in beschleunigtem Tempo die Rampe herunter in Richtung Schweidnitzer Straße auf den Platz, und ein Teil der Menge suchte sich hinter ihnen zu einem Zuge zu formieren. Sobald er die Aufforderung ausgesprochen hatte, wurde Klein mein Verbot von dem dazu bestimmten Kriminalwachmeister zugehört.“

Er wollte es ungelesen in die Tasche schieben und mußte ausdrücklich aufgefordert werden, sofort von ihm Kenntnis zu nehmen. Auch darauf unterließ er, was noch möglich gewesen wäre, die Versammlungsteilnehmer aufzufordern, von dem Umzuge Abstand zu nehmen, sondern er eilte mit dem Ausrufe: „Los, antreten, los, los“ an die Spitze des Zuges. Nunmehr griff die Schutzpolizei ein.“

Also selbst der Liebermann sieht sich gezwungen einzugehen, daß vor dem Ende der Rede schon (also auch noch vor Ueberreichung des Verbots!) der Zug sich formierte. Wenn sich das jedoch so verhielt, war es doch zur Zeit der Uebergabe des Dokuments (also eine Weile nach Beendigung der Rede, nachdem sich der Zug nach dem Gehändnis der Spiegel schon längst formiert hatte) gar nicht mehr „möglich“, wie der Liebermann da behauptet, die Formierung zu verhindern, Solch eine Behauptung erweist sich mithin als böswilliger

Unfuss. Merkt denn der Liebermann nicht, wie er sich bei seinen Verteidigungsversuchen selbst widerpricht und unsere Darstellung allen „Unparteilichen und Kompetenten“ bekräftigt?

Nicht „sobald er die Aufforderung ausgesprochen hatte“, wie man es geschieht zu schieben versucht, wurde dem Genossen Klein das Verbot überreicht, sondern nachdem er seine Rede beendet hatte und im Begriffe stand, sich entsprechend seinen Worten (siehe „Arb. Ztg.“ vom Mittwoch Seite 2) an die Spitze des Zuges zu stellen. Auch als jenes unerhörte Dokument, das u. E. ein Glied in der Kette der bewußten Provokationen bilden sollte, dem Genossen Klein (nach Formierung des Zuges) überreicht wurde, war dieser weder verpflichtet, noch berechtigt es ohne weiteres öffentlich zu verlesen. Dazu war die Besetzung des Einberufers, der B. R. P. D., notwendig und diesem hat Genosse Klein das Schriftstück ohne Verzug überreicht. Noch ehe die Verlesung des Verbots im Kreise des Aktionsausschusses beendet, noch bevor eine Entscheidung unsererseits gefallen war, kam 2 Minuten nach Ueberreichung des Dokuments durch den Beamten, unsere führenden Genossen hatten die Rampe des Schlosses noch nicht verlassen, da drangen die feindlichen Truppen („Sicherheits“-„Wehr“) auf die Arbeiter ein und versuchten die nichtshahenden Demonstranten auseinander zu treiben. Das ist die Wahrheit, jede andere Darstellung ist lügenhaft.

Der mimosenhafte Herr Loh (der uns absichtlich die Mitteilung des Verbots, das er in der Tasche trug, bis zu dem Augenblick vorenthielt, in dem die Demonstration bereits im Gange war) hat alle Ursache die Dinge zu verdrehen und der „kleine nervöse Herr (Hose voll)“ Liebermann (der die friedliche unbewaffnete Arbeiterkundgebung von schwer bewaffneten Weißgardisten umzingeln ließ, um die „Sicherheit“ (weissen?) zu schützen) hat alle Ursache das mitzumachen, denn sie sind die Hauptschuldigen am Blutbad und das wissen sie. Deshalb die Umbiegung der Wahrheit; deshalb der bekannte Schrei: „Haltet den Dieb!“

Der Noske Breslaus erzählt:

„Acht Berittene legten sich zur Spitze des Zuges und suchten ihn aufzuhalten und durch Hinreiten im Schritt zu zerstreuen. Sie wurden beworfen, mit Plakatsäcken geschlagen, ein Pferd durch Messerstücke verwundet und mußten zurückgehen. Die unberittene Schutzpolizei suchte nun in breiter Kette den Zug aufzufangen und zum Auseinandergehen zu bringen. Der Führer der Hundertschaft und die hier eingesetzten Züge wiesen wiederholt auf das Verbot hin, forderten zum Auseinandergehen auf und machten bekannt, daß bei Widerstand von den Waffen Gebrauch gemacht werden müsse. Die Schutzpolizei wurde durchbrochen, umgangen und mit Steinen, Schnee und Eisstücken beworfen, ehe die Unterstützungen heran sein konnten. Die Führer der Kommunisten suchten nicht die Menge zurückzuhalten, sondern stachelten sie auf. Der Führer der eingesetzten Züge geriet in starke Bedrängnis.“

In dieser Lage, da der befohlene Zweck nicht anders zu erreichen war, andererseits dies Mittel genügend erschieden, befahl er die Abgabe von Schredschüssen im Hochanschlage.“

Er hat Recht, denn niemand erlaubt es ihm.

Arbeiter, kommt Euch dieser Bericht des Herrn Polizeipräsidenten nicht ungemünst bekannt vor; erinnert er Euch nicht an jene Polizeistellenanzeigen und Polizeiberichte aus den Tagen der Moabiter Streiktrawalle? Seht Ihr nicht unwillkürlich in Gedanken die Worte Jagows als Motto über dieses Bestammel: „Der Bödel haut. Die Flinte schießt. Ich warne Neugierige!“? Ja! das ist unverfälschter Geist aus jener Zeit, da Herr v. Jagow noch nicht Oberpräsident von S. M. Eberts Gnaden, sondern nur Polizeipräsident von S. M. Wilhelms Gnaden war. Das Zeug da oben ist Wort für Wort der alte Senf — auf den ersten Blick kenntlich als Verlegenheitsprodukt.

Der Herr Liebermann renommiert, er hätte sich schon von jeher für eine „vernünftige Freiheit des öffentlichen Lebens“ eingesetzt; „vernünftige (d. h. durch Polizeipräsidentenvernunft [oder Schutzmannsfaßel] eingeschränkte) Freiheit des öffentlichen Lebens“ ist wirklich gut! Dies Wort stammt leider (so ein Pech!) aus dem Parteiprogramm der Alt-Konservativen (was sagen seine sozialdemokratischen Freunde dazu?), und seine Verteidigungsschrift aus dem gleichen Lexikon für alle Fälle, aus dem der ehemalige Polizeipräsident von Berlin seine Reden zusammenschuferte. Nun zu den Einzelheiten: Das Pferd ist nicht durch einen „Messerstück“ von Arbeitern, sondern durch Bajonettstücke ungeschickter Noskeleute verletzt. Weder „der Führer der Hundertschaft“ noch „die hier eingesetzten Züge“ wiesen auf das Verbot der Demonstration hin, sondern machten, nach alter Polizeimantier, ohne zwingenden Grund und ohne vorherige Warnung auf das rohste von der Waffe Gebrauch; sie machten auch nicht bekannt, daß „bei Widerstand“ geschossen werden „müßte“, sondern sie feuerten sogleich mit dem größten Vergnügen (siehe Bericht des Juristen in der Sonnabendausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ Seite 3) in die Menge hinein. „Die Führer der Kommunisten suchten nicht die Menge zurückzuhalten, sondern stachelten sie auf.“ Der „kleine, nervöse Mann (Hose voll)“, beweist mit dieser leichtfertigen, unwahren Behauptung den Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, den wir bei seinen Maßnahmen gegen die Demonstration beobachten konnten. Diese feige Abwälzung der eigenen Schuld bedarf keines Kommentars, nachdem sie als Lüge gekennzeichnet ist.

Hätten unsere Genossen die Menge aufgestachelt, die Liebermannschen Halbenjünglinge wären nicht so glimpflich davon gekommen, gewiß wäre die Sipo entwaffnet und ihre Linien durchbrochen worden. Das unterblieb, weil die Führer der Kommunisten (im Gegensatz zu dem Breslauer Noske, der sie frevelhaft gefährdete) die „Sicherheit“ der Arbeiter am Herzen lag, die nur im Kampf um große Ziele preisgegeben werden darf.

„Der Führer der eingesetzten Züge geriet in starke Bedrängnis“, nicht etwa weil ihn jemand angriff (wäre das geschehen, mit einer Fliegenklatsche hätte man den Halben zur Strecke gebracht), sondern von seiner eigenen Kai- und

